

IMK thematisiert zentrales Mahnmal für im Dienst getötete Polizeibeschäftigte

22.10.2008

Arbeitskreis II (AK II) der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) greift Vorschlag des Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) auf.

Die Oktober-Ausgabe des Behördenspiegel berichtet unter der Überschrift "Mahnmal für Polizisten", dass von 1945 bis 2007 durch den Dienst oder im Dienst 2003 Angehörige der Schutz- und Kriminalpolizei ums Leben kamen.

Die Initiative des BDK, eine zentrale Gedenkstätte an einem sicheren und würdevollen Ort in Berlin zu errichten, wird den AK II der IMK in einem eigenen Tagesordnungspunkt beschäftigen. Der BDK begrüßt die angemessene Berücksichtigung seines Vorschlags auf IMK-Ebene, da die getöteten und verunglückten Polizistinnen und Polizisten vom Bund und den Ländern stammen. Damit ist es eine nationale Angelegenheit in ihrer föderalen Struktur. Der BDK berichtete mehrmals öffentlich.

Die Idee einer zentralen Gedenkstätte entstand insbesondere vor dem Hintergrund der sowohl spektakulären als auch erschütternden Mordanschläge auf deutsche Polizeibeamte in Auslandsmissionen. Aber auch die gegenwärtige (filmische) Erinnerung an den brutalen Terror der RAF neben vielen anderen Ereignissen unterstreicht die moralische Notwendigkeit eines Mahnmals, das schlicht sein kann, aber würdig sein muss. Monumentale Prestigeobjekte wären fehl am Platz.

Ein öffentliches Gedenken für getötete Soldaten der Bundeswehr steht außer Frage. Soldaten und Polizisten sind ihrem Land in besonderer Weise verpflichtet, so dass sie es ihrerseits verdienen, dass sich ihr Staat auch ihnen gegenüber verbunden fühlt und sich zu seinen Opfern bekennt.

Wie Kritiker in einem angemessenen Gedenken eine "weitere Inflation (!) von Ehren-, Gedenk- und Mahnmalen für zahlreiche spezielle Opfergruppen befürchten" können, deutet eher auf ein gespaltenes Verhältnis zu unschuldigen Opfern hin. Allein die Opfer des Zweiten Weltkriegs und der Massenvernichtung wären demnach Anlass, ganz Deutschland mit einer gigantischen Grabplatte abzudecken. Unsere demokratische Gesellschaft hat es aber bisher weitgehend verstanden, die richtige Balance zu finden. Nicht die "Inflation" von öffentlichem Gedenken ist das Problem, sondern die "Inflation" der Gewalt und der Gleichgültigkeit sowie der Teilnahmslosigkeit, die zu den Opfern führt. Jedes unschuldige Opfer verdient, dass man seiner gedenkt - auf die jeweils angemessene Weise.

Dateien zur Nachricht

- [Artikel als Dokument laden für Pinnwände__01.pdf](#)
- [2007-09-04_Anschreiben-BMI.pdf](#)